

Entschließungsantrag

der Bundesrät*innen Doris Hahn MEd MA, Mag.^a Daniela Gruber-Pruner,
Genossinnen und Genossen

betreffend Dringend notwendige Reformen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie

*Eingebracht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 7. Juli 2022
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-
Maßnahmengesetz geändert werden (2652/A).*

Die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist ein drängendes Problem, dem endlich Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

Während der Personalmangel in der Kinder- und Jugendpsychiatrie österreichweit weiterhin die traurige Norm ist, hat sich der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Belastungen nach zweieinhalb Jahren Corona-Pandemie auf etwa jeden dritten Jugendlichen erhöht.

Schon vor Ausbruch der Pandemie fehlten in Österreich 50 Prozent der benötigten Krankenhausbetten, im Februar 2021 wiesen bereits 55 Prozent - also mehr als die Hälfte der Jugendlichen - depressive Symptome auf, 47 Prozent Angstsymptome, 22,8 Prozent litten an Schlaflosigkeit und bei 59,5 Prozent offenbarte sich ein gestörtes Essverhalten. Während bereits die Covid-19 Pandemie wie ein Brennglas gewirkt hat, kommen durch den Krieg in der Ukraine oder durch drohende Armut durch die Teuerung noch weitere Belastungen dazu.

Doch die Kapazitäten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie sind weiterhin viel zu gering. Im Juni 2022 hat die ÖGKJP eine aktuelle Abfrage veröffentlicht, wonach in Österreich aktuell 401 vollstationäre und 138 Tagesklinikplätze für 1,73 Millionen Kinder und Jugendliche unter 19 Jahren zur Verfügung stehen. Würde man die Kapazitäten von Deutschland auf Österreich umlegen, würde es in Österreich 700 vollstationären Betten und 410 Tagesklinikbetten benötigen, um mit Deutschland gleichauf zu sein.

Vor allem auch der Mangel an Kassenärzt*innen schlägt sich hier besonders drastisch nieder. Statt 112 gibt es derzeit österreichweit nur 37,5 Kassenstellen im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiater*innen.

Diese Kapazitätsengpässe haben enorme Folge für die Patient*innen: Die Wartezeit auf einen therapeutisch-diagnostischen Aufenthalt beträgt aktuell sechs bis neun Monate. Zur Überbrückung werden fachärztliche Kontrollen empfohlen, jedoch gibt es auch hier Wartezeiten von drei bis vier Monaten. Durch die langen Wartezeiten verschlechtert sich der Zustand der jungen Menschen oft drastisch, womit auch das Risiko erhöht wird, dass es zu einem chronischen Leiden wird.

Neben einem Ausbau der verfügbaren Betten und der Bekämpfung des Personalmangels muss auch ein niederschwelliger Zugang sowie Prävention weiter in den Fokus gerückt werden. Vor allem im schulischen Umfeld ist oft frühzeitig erkennbar, wo Unterstützung gebraucht werden könnte. Durch einen flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit, Aufstockung der Schulpsycholog*innen sowie Beratungslehrer*innen können Fälle frühzeitig erkannt und abgedeckt werden. Vor allem können Betroffene durch diese Instrumente schnell Unterstützung und Weiterleitung an die richtigen Stellen bekommen, um ehestmöglich eine Behandlung zu bekommen.

Aus den angeführten Gründen stellen die unterzeichneten Bundesrätinnen und Bundesräte nachfolgenden

Entschließungsantrag

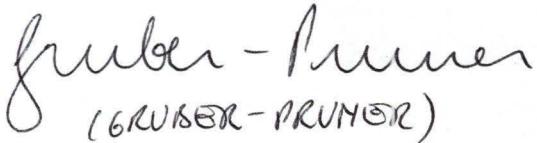
Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat sowie dem Bundesrat umgehend ein umfassendes Gesetzespaket zur Verbesserung der dramatischen Situation in der Kinder- und Jugendpsychiatrie vorzulegen, das im besonderen folgende Punkte enthalten soll:

- *Der rasche Ausbau der Therapie- und Betreuungsplätze in der Kinder- und Jugendpsychiatrie*
- *Kurzfristiger Aufbau eines aufsuchenden, mobilen, interdisziplinären Angebotes, um die fehlenden stationären Kapazitäten aufzufangen*
- *Eine nachhaltig massive Aufstockung des stationären Bereiches der Kinder- und Jugendpsychiatrie, sowie budgetäre Deckung durch den Bund im Rahmen des Finanzausgleichs*
- *Kostenfreie Therapieplätze für Kinder und Jugendliche*
- *Die Bekämpfung des Ärzt*innenmangels, insbesondere in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, mit besonderem Fokus auf einen österreichweiten, niederschwelligen und vor allem leistbaren Zugang zu der ärztlichen Versorgung*
- *Eine Ausbildungsreform im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie, die vor allem eine Aufstockung der Ausbildungsplätze und die Verkürzung der Ausbildungszeit nach dem Vorschlag der Fachgesellschaft beinhaltet*
- *Attraktivierung des Berufs der/des Kinder- und Jugendpsychiater*in durch bessere Bezahlung*
- *Weitere Aufstockung der Schulpsycholog*innen, Beratungslehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen, mit dem Ergebnis, dass an jeder Schule mindestens ein*e Schulpsycholog*in mit ausreichend Beratungszeit für jeden Schüler bzw. jede Schülerin zur Verfügung steht.“*


(ASPE)


(HAHN)


(GRÜNER-PRUNER)

